

PROTEXTE

AUS DER EVANGELISCHEN AKADEMIE DER PFALZ



DIE HOFFNUNG LIEGT IN NEUEM AUFBRUCH

Heidemarie Wieczorek-Zeul über die Krise Europas

IN DIESER AUSGABE:

Gebrauch von Macht
in Politik und Kirche

Dilemma der internationalen
militärischen Interventionen

Konflikte wie zwischen Russland und der Ukraine oder zwischen Israel und Palästina, aber auch die Gewalt und Barbarei der Regime in der arabischen Welt sorgen weltweit für Besorgnis und Entsetzen. Wir erleben Tendenzen zu einer multipolaren Welt, die gegenüber der Nachkriegsordnung einer tektonischen Verschiebung gleichkommen. Russland hat den Zusammenbruch der Sowjetunion und die Osterweiterung der Nato als nationale Niederlage und Demütigung empfunden.

Die 28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) haben auch 25 Jahre nach dem Ende des Kalten Kriegs noch keine stabile Friedensordnung, obwohl die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) seit ihrer Gründung vor 40 Jahren unzählige Friedensmissionen durchgeführt hat. Aber die EU hat sich mangels einer europäischen Führung selbst geschwächt und hat durch falsche Reaktionen und eine strikte Austeritätspolitik die inneren Spannungen innerhalb der Union und ihrer Mitgliedsländer verschärft.

In der aktuellen Situation spüren wir, wie wichtig die friedenssichernde Rolle Europas ist. Nach dem Ersten Weltkrieg, der etwa 17 Millionen Menschenleben forderte, wurde ein Völkerbund gegründet in der Hoffnung, dieser würde den ersehnten Frieden bringen. Auch die SPD versuchte bereits 1925 im Rahmen ihres Heidelberger Programms, ein vereintes Europa zu schaffen, doch weniger als zwei Jahrzehnte später sollte ein noch viel barbarischerer Krieg mit 70 Millionen Toten alle Hoffnungen zerschlagen.

Als am 25. März 1957 die Römischen Verträge unterzeichnet wurden, gehörten neben der Bundesrepublik Deutschland Frankreich, Ita-

lien und die Beneluxländer zu den Vertragspartnern, die beabsichtigten, einen sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt sicherzustellen sowie Frieden und Freiheit für alle Menschen zu wahren.

Nicht zuletzt ist es Willy Brandt zu verdanken, dass wir erst kürzlich 25 Jahre deutsche Einheit feiern konnten. Der vierte deutsche Bundeskanzler legte mit seiner neuen Ostpolitik den Grundstein für die Annäherung zwischen Westdeutschland und der DDR; für sein Engagement wurde er 1971 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Durch Europa wurde das System der konkurrierenden und kriegsbereiten Nationalstaaten überwunden. Besonders in der Gesellschaft des Kaiserreichs wurden die Köpfe vernebelt von heroisierender Kriegsmetaphysik. Wir sind uns bewusst, dass Kriege einzig und allein durch Menschen ausgelöst, und somit auch nur durch diese verhindert werden können. Die gegenwärtige Krise Europas gefährdet aber das europäische

Friedensprojekt. Notwendig ist deshalb eine neue Verflechtung dieses Friedensprojekts mit einem neuen Wohlstandsprojekt.

1992 wurde in Maastricht die Einführung einer gemeinsamen Währung beschlossen. Ohne den Euro wäre die EU in der Finanzkrise von 2008 und 2009 in schlimmste Verwerfungen mit hohen Arbeitsplatzverlusten geraten. Der Fehler besteht jedoch darin, dass die Währungsunion nicht zeitgleich mit einer politischen Union verbunden wurde. Dieser Schritt muss nachgeholt werden. Ein weiteres Problem liegt im Mangel an Führungsqualitäten beim EU-Spitzenpersonal. Nach wie vor vertreten die handelnden Personen die Interessen ihrer Nationalstaaten.

Die Hoffnung liegt deshalb in einem neuen Aufbruch, der zunächst in der Aufgabe der Austeritätspolitik bestehen müsste, um den inneren Zusammenhalt nicht zu gefährden. Die EU ist auch deshalb von zentraler Bedeutung, weil es nur mit ihr gelingen kann, den „Willen des glo-

balen Wandels“ zu steuern. Die Herausforderungen der Zukunft sind die fortgesetzte Globalisierung, der Klimawandel, aber auch der Aufstieg neuer globaler Mächte, die es ohne kriegerische Auseinandersetzungen in die internationalen Beziehungen zu integrieren gilt.

Der Wirtschaftsaufschwung dieser Mächte folgt den Mechanismen deregulierter kapitalistischer Märkte. Das Konzept des autoritären Wachstumsmodells verschärft aber die Konflikte. Überhaupt wächst die Tendenz zu autoritären Lösungen, und die internationale Gemeinschaft bricht selbst Völkerrecht, wenn sie beispielsweise nicht einmal mehr versucht, ein UN-Mandat gegen den „Islamischen Staat“ (IS) zu erhalten.

Wenn Staaten jedoch immer häufiger zerfallen und Bürgerkriege zum Normalfall werden, haben wir es mit einer zunehmend gesetzlosen Situation zu tun, mit der Erodierung von globalen Regeln. Hier sollte die EU ein Gegenmodell sein und sich für die Stärkung der Vereinten Nationen einsetzen. Ziel muss eine neue Weltinnenpolitik sein mit den Vereinten Nationen und dem internationalen Völkerrecht als gemeinsames verbindliches Zentrum zur Regulierung internationaler Konflikte. Deshalb müssen sowohl die UN-Vollversammlung als auch die internationale Gerichtsbarkeit gestärkt werden.

➤ *Redaktionelle Kurzfassung eines Vortrags der ehemaligen Bundesministerin für Wirtschaftliche Zusammenarbeit bei den Landauer Akademiegesprächen am 19. November 2014 zum Thema „Frieden! Ethische Grundlagen und politische Strategien“, einer gemeinsamen Veranstaltung der Evangelischen Akademie der Pfalz mit dem Frank-Loeb-Institut, der Stadt Landau und der Friedensakademie Rheinland-Pfalz.*



Garant für den Frieden: Die Europäische Union.

(Foto: cpd)

EDITORIAL

Soll man mit Pegida reden? Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung hat Aktivisten der Bewegung auf die Bühne gebeten und erhielt dafür eine Rüge durch die Bundeszentrale – allerdings nicht aus prinzipiellen, sondern aus eher formalen Gründen: „Die einseitige Raumvergabe für eine Pressekonferenz an eine parteiische Gruppierung überschreitet eine rote Linie.“ Im Publikum saß SPD-Parteichef Sigmar Gabriel. Nach der Veranstaltung diskutierte er mit Pegida-Anhängern – „rein privat“, wie er später erklärte. Seine Generalsekretärin Yasmin Fahimi brachte das trotzdem auf die Palme. Sie ist strikt gegen einen Dialog mit „Leuten, die Stimmung schüren gegen Migranten, gegen Ausländer und gegen Andersdenkende“.

Auch Vertreter der Evangelischen Kirche haben sich gesprächsoffen gezeigt. Der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm hält Pegida für „unerträglich“. Vor Weihnachten hat er aber auch erklärt, es gelte Ängste abzubauen und mit den Menschen auf der Straße ins Gespräch zu kommen. Warum öffentlich artikuliertes Verständnis gegenüber Menschen, die sich bedenkenlos mit Rassisten und Rechtsradikalen gemein machen? Warum reden über Einstellungen, die so offensichtlich christlichen Grundüberzeugungen widersprechen?

Gesamtgesellschaftlicher Zusammenhalt und Dialog sind hohe Güter. Die Rolle der großen Integratorin spielt die Kirche gerne. Und die ausgestreckte Hand und das offene Ohr sind ja auch Markenzeichen pastoraler Identität – besonders gegenüber



Akademiedirektor Christoph Picker.

den verlorenen Schafen. In der Evangelischen Akademie werden wir auch künftig kontrovers über Flüchtlingspolitik, Islam, Gewalt und Medienethik diskutieren. Pegida-Aktivisten werden dabei allerdings garantiert keine Bühne bekommen – auch nicht in einem ausbalancierten Setting mit Vertretern anderer Organisationen. Akademiendiskurse erfordern die Einhaltung von Spielregeln. Sie sind sachorientiert und respektvoll. Pauschale Diffamierungen, Demagogie, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Verschwörungstheorien sind damit nicht vereinbar. Als Lebenshelfer, Tröster oder Seelsorger, dürfen wir keinem Pegida-Sympathisanten das Gespräch verweigern. Im öffentlichen Diskurs sind andere Signale angesagt.

Ihr

Christoph Picker

HAUSMITTEILUNG

Auf Beschluss der Landessynode wird das Protestantische Bildungszentrum Butenschoen-Haus für 5,4 Millionen Euro saniert und erweitert. Eine Erweiterung der Übernachtungskapazitäten soll die Wirtschaftlichkeit verbessern. Der Synode liegt aber auch an einer Stärkung des Bildungsstandorts Landau. Traurig sind wir über den Abschied von unserer Geschäftsstelle. Zweimal laden wir noch zum offenen Akademiegarten ein: am 9. Juli und am 17. September. Dann kommen Anfang 2016 die Bagger.

Wenn Sie in der Akademie anrufen, erwartet Sie eine neue Stimme. Seit dem Jahresanfang ergänzt Katrin Diehl das Akademie-Team, nachdem Diana Vögeli in den Landeskirchenrat gewechselt ist.

IMPRESSUM

Herausgeber: Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau, Tel.: 0 63 41 / 9 68 90-30, Fax: 0 63 41 / 9 68 90-33, e-mail: info@eapfalz.de, Direktor: Dr. Christoph Picker

Redaktion: Dr. Christoph Picker und Dr. Martin Schuck
Verlag: Verlagshaus Speyer GmbH, Beethovenstr. 4, 67346 Speyer, Tel.: 0 62 32/2 49 26, Fax: 0 62 32/13 23-44
 Zuschriften an den Verlag, Redaktion Protexzte.

ANGRIFFE AUF DIE FREIHEIT

Das Jahr 2015 fängt gesellschaftspolitisch stürmisch an: In Europa herrscht ein offener militärischer Konflikt, in Frankreich spitzen sich kulturell-religiöse Spannungen in den Attentaten von Paris zu, und in Deutschland spalten die Pegida-Proteste die Gesellschaft. Jan-Hendrik Quandt, Studienleiter an der Evangelischen Akademie der Pfalz, beobachtet in diesen Ereignissen einige beunruhigende Gemeinsamkeiten.

Europa hatte sich noch nicht von den tief greifenden Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 erholt, da brach in seinem Osten ein Konflikt ganz anderer Art aus, als sogenannte Separatisten mit Unterstützung der russischen Streitkräfte gleich zweimal die staatliche Souveränität der Ukraine verletzen: Zunächst annektierten sie die Krim und überfielen kurz danach die Ostukraine in einem Angriffskrieg – in beiden Fällen mit Unterstützung des russischen Präsidenten Putin. Die offiziellen europäischen Reaktionen schwankten zwischen Überraschung, Entsetzen und Hilflosigkeit.

Ganz anders der Tenor einer kleinen, aber lautstarken Minderheit gesellschaftlicher Aktivisten, Blogger und Politiker: Mit nicht nur heimlicher Freude wurde der russische Überfall auf die Ukraine als erfolgreicher Schlag gegen wahlweise die Nato, den Westen oder die USA kommentiert. Mit Putin habe endlich ein politischer Führer das Rückgrat, gegen die Vormacht Nordamerikas aufzustehen, während europäische Politiker entweder zu feige oder korumpiert seien. Kritik an dieser Position wurde als antirussische Kriegstreiberei des Westens bezeichnet, die zu brandmarken in der Folgezeit in mehreren deutschen Städten sogenannte „Montagsdemonstrationen“ und „Friedensmahnwachen“ sich anstrengten. Die mit dem namentlichen Rekurs auf die Montagsdemonstrationen der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung des Jahres 1989 verbundene Geschichtsklitterung fand ihren vorläufigen Höhepunkt in den „Montagspaziergängen“ der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) in Dresden. Die dort in Redebeiträgen, Sprechchören und auf Transparenten artikulierten Forderungen reichten von einer Verschärfung des Asylrechts, Kritik an einem vermeintlich zu linken politischen Mainstream, Hass auf Medienvertreter sowie die „Lügenpresse“, Ablehnung von Muslimen bis zu offen artikulierten Verschwörungstheorien und Xenophobie.

Einen dritten Kristallisationspunkt der jüngsten Verwerfungen bildeten die Attentate auf das Satiremagazin „Charlie Hebdo“ sowie ei-

nen jüdischen Supermarkt in Paris. Vorbestrafte Kleinkriminelle morden im vermeintlichen Rekurs auf ihren ebenso frisch erworbenen wie fanatisierten islamischen Glauben und entzogen sich danach durch ein in der Kriminologie als „Suicide by cop“ beschriebenes Vorgehen der Verantwortung.

Gemeinsam ist allen drei Phänomenen die Verachtung für die zivilisatorische Ordnung unserer pluralistischen Gesellschaft. Das europäische Modell einer ausdifferenzierten, komplexen Gesell-

schaft, welches als Demokratie unterschiedliche Wertsysteme diskursiv auszugleichen versucht und sich dabei auf einen 2000-jährigen Prozess der Zivilisation beruft, wird von seinen Gegnern als westlich-dekadent, entscheidungsschwach und normativ beliebig empfunden. Das Gegenteil ist der Fall! Zivilisatorische Errungenschaften wie das Völkerrecht, welches die Unverletzlichkeit staatlicher Grenzen ebenso wie die Menschenwürde garantiert, die Demokratie, welche eine freie und gleiche Teilhabe an politischen Entscheidungen erst ermöglicht, und nicht zuletzt unsere Verfassung mit der festgeschriebenen Gewaltenteilung sind nicht beliebig und nicht austauschbar. Sie sind Ergebnis eines Diskurses, welcher seinen Ursprung in der Antike findet und durch die Katastrophe zweier Weltkriege an Dringlichkeit gewann.

Wir sollten uns bewusst sein, dass Angriffe auf unsere zivilisatorischen Institutionen nicht nur einzelnen Gesellschaftseinheiten wie Politikern, Journalisten oder religiösen Gruppen gelten. Sie gelten uns allen und unserer freien Gesellschaft, in der wir leben. Mut macht hier die Demoskopie, wenn sie feststellt, dass die deutliche Mehrheit der Deutschen keineswegs mit den einfachen Lösungen religiöser oder politischer Komplexitätsvereinfacher einverstanden ist. Mit diesem Wissen sollten wir uns trauen, für unsere freie Gesellschaft einzustehen und das auch offen zu artikulieren, wenn Fanatiker im Namen einer vermeintlich schweigenden Mehrheit zu sprechen glauben. Nur weil die Täter „Allahu Akbar“ rufen, stehen sie noch lange nicht für den Islam. Pegida ruft ja auch „Wir sind das Volk“.

Zivilisatorische Errungenschaften wie Demokratie und Menschenrechte sind nicht verhandelbar.

Macht ist anfällig für Missbrauch, auch in der Religion. Jede Religion ist machtaffin und insofern gefährdet. Und der Mensch, der davon weiß, hat Teil an dieser Macht. Martin Luther hat in seiner „Disputation gegen die scholastische Theologie“ schon 1517 einen entscheidenden Punkt getroffen: „Der Mensch kann von Natur aus nicht wollen, dass Gott Gott ist. Vielmehr wollte er, er sei Gott und Gott sei nicht Gott.“ Aus diesem Zwang, wie Gott sein zu wollen, muss der Mensch befreit werden.

Christliche Religion ist darum die Lebenskunst, sich in rechter Weise von Gott zu unterscheiden, sich also als Sünder zu erkennen mit aller Gefährdung, und gerade so Frieden zu finden in Gott und dem Frieden in der Welt zu dienen. Im Kern meint der Gedanke vom Sündersein: Der Sünder will wie Gott sein. Gott aber wird Mensch, damit wir Menschen nicht göttlich werden müssen. Wir hören auf die Autorität des bittenden Christus, der uns mit seinem Tod befreit aus dem Zwang zur Selbstüberforderung. Das ist das Geheimnis des christlichen Glaubens, und das ist unser spezifischer Beitrag zum Umgang mit der Macht.

Alle Menschen sind Sünder. Nur im Glauben an Gott und in der darin gründenden Selbstunterscheidung von Gott kann der Versuch zu Machtmissbrauch für einen kurzen Moment Pause machen. Die Verführung feiert jeden Morgen neu ihr Wiederkommen, und die größte List des Teufels ist es, sich so zu verstecken und unsichtbar zu machen, dass wir meinen, wir hätten ihn besiegt.

Alle Menschen sind Sünder, das ist christliche Überzeugung seit alters her. Man klagt oft, die Kirchen hätten eine zu negative Anthropologie, sie machten die Menschen klein und schuldig. Aber tatsächlich ist es dieses Menschenbild, das der Apostel Paulus voraussetzt, der Kirchenvater Augustin systematisch ausformuliert und Martin Luther wieder freigelegt hat. Es lässt uns nüchtern erkennen: Es gibt Machtmissbrauch in der Politik, es gibt unverantwortliche Geldgier in der Wirtschaft und haarsträubende Vorteilsnahme bei den Banken. Und das gibt es alles leider auch in der Kirche, auch an der Basis, in den Initiativen und bei den Aktivisten, das gibt es bei den Journalisten und Medienvertretern, bei den Betroffenen und Benachteiligten und natürlich auch in den Familien und Gemeinden.

Macht und Missbrauch verteilen sich keineswegs auf oben und unten, beides gibt es überall und mitten in jedem Menschen. Das ist das Wis-

Unser Wissen um die Sünde lässt uns viel verstehen vom Machtmissbrauch in Politik und Religion.



Eine Form moderner Obrigkeit: Das Europaparlament mit Papst Franziskus als Redner.

(Foto: epd)

UNTERTAN DER OBRIGKEIT?

Thies Gundlach über Macht in Politik und Kirche

Wer über Macht redet, redet von einem Faszinosum: Macht haben, Einfluss nehmen können, Dinge, Verhältnisse und auch Menschen steuern können, ist eine spannende Herausforderung und lustvolle Verantwortung. Macht kommt von Machen und hat mit Gestaltungswillen und Verantwortungsbereitschaft zu tun, allerdings auch mit hoher Kritikfähigkeit und breiter Leidensbereitschaft. Macht ist – neben der Sexualität – vermutlich die größte anthropologische Versuchung, seit es Sozialität gibt.

sen, das die Kirche zum Thema Macht einzuspeisen hat. Denn es ist im Letzten der Grund dafür, dass wir als Christen die Demokratie und ihre Logik verteidigen und mitgestalten.

Die demokratischen Verfahren versuchen zu klären, was in den Entscheidungsgremien mehrheitlich akzeptiert wird. Demokratie organisiert Zustimmung, nicht Wahrheit. Die Wahrheitsfrage ist im Gewissen des Einzelnen verankert. Aber weil wir wissen, dass Macht missbraucht wird, sind demokratische Machtwechsel und öffentliche Machtkontrolle nicht nur fundamentale Prinzipien der Demokratie, sondern Ergebnis eines realistischen Menschenbildes.

Dies ist der Wissensbestand, den Christen mit der altmodischen Rede von der Obrigkeit bis in unsere Tage aufbewahren: „Obrigkeit“ meint heute demokratische Verfahrensrationale und Akzeptanz der Spielregeln, die im Alltag nach Mehrheiten funktionieren und im Zweifelsfall vor Gerichten eingeklagt werden können. „Seid den demokratischen Spielregeln untertan, das ist unsere Obrigkeit“, lautet gleichsam der

Merksatz. Heute können wir den Satz als Platzanweisung in der Demokratie verstehen. Für die Religionen heißt das: Beansprucht keine Sonderrolle, seid keine Besserwisser, ersetzt nicht Politik durch zu häufige eigene politische Stellungnahmen, sondern ermöglicht Politik durch kritische Begleitung. Sprecht nicht abfällig von Politik, haltet die Rahmenbedingungen ein, die für alle gelten, fürchtet Gott und ehrt die Demokraten (vergleiche 1. Petrus 2, 17).

Allerdings hat es immer auch kritisch-prophetische Rede gegeben, Diskussionen um einen gerechten Krieg sowie um die Frage des Tyrannenmords. Es gibt in der christlichen Tradition ein Wissen darum, dass Mehrheitsverhältnisse so unwahrhaftig und grausam sein können, dass die Orientierung an ihnen eine Zustimmung zur Sünde bedeutet.

Dann aber muss man die Wahrheit riskieren, den Widerspruch, das Zeugnis. Das hat etwas mit Mut und innerer Gewissheit zu tun. Aber hier wurzelt der kategoriale Unterschied zwischen einem Martyrium aus Glauben und einem Selbstmordanschlag aus Fundamentalismus. Märtyrer suchen den Tod nicht, sie erleiden ihn; Selbstmörder suchen den Tod, das Paradies lockt. Märtyrer bezeugen eine Wahrheit, Selbstmörder

bekämpfen andere Wahrheiten. Hier wird ein Zeuge gezwungen, für seinen Glauben einzustehen mit seinem Leben; dort werden Unbeteiligte gezwungen, ihr Leben für einen fremden Glauben zu geben. Größer kann die Differenz nicht sein.

Unser Wissen um die Sünde lässt uns viel verstehen von Machtmissbrauch in und außerhalb von Politik und Religion. Aber Zeuge dieser Einsichten zu sein, ist in unseren Breiten meist kein lebensförderndes Martyrium, sondern ein Mitwirken in den demokratischen Verfahren. Es gelten für alle die Spielregeln einer diskursiven Auseinandersetzung. Die Ziellinie meiner Erinnerung an die spezifischen Wissensbestände zur Obrigkeit und ihre Untertanen lautet daher: Es gehört zu den Wahrheiten des Lebens, dass wir auch heute der Obrigkeit untertan sein sollten, wenn wir Obrigkeit als demokratische Verfahrensrationale verstehen.

➤ *Gekürzte Fassung eines Vortrags beim Forum zur Reformationsdekade mit dem Titel „Seid untertan der Obrigkeit?“, das die Evangelische Akademie am 16. Oktober 2014 zusammen mit der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz veranstaltet hat. Der Autor ist Vizepräsident des Kirchenamts der Evangelischen Kirche in Deutschland.*

öffnungen stiegen hoch nach dem Ende des Kalten Kriegs. Mit dem Kollaps der Sowjetunion und der Demokratisierung der Staaten des Warschauer Pakts schien die Bipolarisierung der Welt der Vergangenheit anzugehören. Von einer friedlichen multipolaren Weltordnung war die Rede.

Idealisten, Neokantianer und Konstruktivisten träumten von der Verrechtlichung der internationalen Beziehungen. Sie vertrauten auf die Kraft des vernünftigen Arguments und hofften auf eine ökonomische Friedensdividende. Noch bevor allerdings die Dividende auch nur auf dem Papier der machtvergessenen Idealisten verteilt war, brach Jugoslawien auseinander. Archaisch anmutende ethno-nationalistische Motive hatten sich mit dem Machtkalkül politisch-militärischer Führer gemischt und zu einem blutigen Bürgerkrieg in Europa geführt. Die Nato intervenierte, um weitere ethnische Säuberungen, Massaker oder gar einen Genozid zu verhindern. Die Intervention, die sich den Namen „humanitär“ zulegte, war zwar nicht vom Völkerrecht gedeckt, verletzte das ius ad bellum (das Recht zum Krieg) und missachtete bisweilen bei seinen Luftschlägen auch das ius in bello (das Recht im Krieg). Dennoch kümmerte sich die internationale Gemeinschaft nach Kriegsende mit einem gewaltigen Ressourceneinsatz um den Aufbau einer friedlichen rechtsstaatlichen Ordnung im multi-ethnischen Staat Bosnien-Herzegowina. Das könnte man die Gerechtigkeit, wenn nicht gar das Recht nach dem Kriege nennen (ius post bellum).

Dies sollte im weiteren Verlauf nicht immer der Fall sein. Im Oktober 2001 starteten die USA und Großbritannien in Afghanistan die Operation Enduring Freedom. Die Nato sekundierte, ein Mandat des Uno-Sicherheitsrats lag vor. 2003 belog die amerikanische Regierung unter George W. Bush die Weltöffentlichkeit, als sie gefälschte „Beweise“ für die Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak des Saddam Hussein vorlegte. Die USA, das Vereinigte Königreich, Australien und Polen griffen den Irak ohne ein Mandat des Sicherheitsrats an. Im Frühjahr 2011 ermächtigte die Resolution 1973 des Sicherheitsrats die Intervention in Libyen, um das Gaddafi-Regime daran zu hindern, sich mit Massakern an der Macht zu halten. Zum ersten Mal wurde in einer UN-Resolution die entstehende völkerrechtliche Norm Responsibility to Protect (R2P) ge-

nannt. R2P schränkt die staatliche Souveränität dann ein, wenn eine Regierung nicht in der Lage ist, ihre Bevölkerung gegen Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, massive Kriegsverbrechen oder ethnische Säuberungen zu schützen oder diese Verbrechen gar selbst begeht.

Was haben diese Interventionen gemeinsam? Bestimmte westliche Staaten sind bereit, gegen verbrecherische Regime militärisch zu intervenieren, mit oder ohne UN-Mandat. Sie stürzten Diktaturen, wofür es kein Mandat, wohl aber moralische Gründe gab. Gemeinsam haben diese Interventionen noch ein Drittes: Die Interventionsmächte „enthaupeten“ nicht nur Regime, sondern zerstörten die innere Staatlichkeit dieser Länder und damit den Staat selbst. Sie hinterließen eine Hobbes'sche Welt, in der mörderische Milizen untereinander und mit den Resten des Staats regellose Kriege führen. Kann dies rechtens oder gar gerecht sein? Obliegt den Interventionsstaaten nicht eine moralische Pflicht, den Staat wiederaufzubauen, den sie zerstörten?

Spätestens seit dem Kosovo-Konflikt im Jahr 1999 werden bewaffnete Interventionen zum Schutze der Zivilbevölkerung vor ihren mörderischen Potentaten „humanitäre Interventionen“ genannt. Humanitäre Interventionen verlangen nach einem anderen Ende als Verteidigungskriege. Das ius ad bellum muss von Beginn an enger an das ius post bellum gebunden werden. Das hat Folgen – insbesondere Pflichten für Mächte, die intervenieren, aber auch für die internationale Gemeinschaft insgesamt.

Denn das Recht zum Krieg, nämlich die Unterbindung schwerster Verbrechen gegen die Menschlichkeit, bedarf zu seiner vollen Rechtfertigung der Ergänzung des Rechts nach dem Krieg.

Dies ist vor allem die Verpflichtung der Interventionsmächte, Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Dies geschieht am besten, wenn zumindest ein Staat etabliert wird, am besten ein Rechtsstaat und eine Demokratie. Es gibt bei humanitären Interventionen eine normativ wie logisch enge Kopplung des ius ad bellum an das ius post bellum. Humanitäre Interventionen müssen durch demokratische Interventionen ergänzt und damit zu ihrem Ende gebracht werden. Hybride Regime, irgendwo zwischen Demokratie und Diktatur angesiedelt, erfüllen diesen Zweck nicht. Denn gerade bei ihnen ist, wie sich empirisch zeigen lässt, die Gefahr eines Bürgerkriegs am größten.



Auch humanitäre militärische Einsätze sind gefährlich: Ein in Afghanistan beschädigter Geländewagen im Militärhistorischen Museum der Bundeswehr in Dresden.

(Foto: epd)

DAS DILEMMA DER INTERNATIONALEN MILITÄRISCHEN INTERVENTIONEN

Seit 1989 hat sich Idee des Schutzprinzips etabliert – Unklarheiten bleiben bestehen

Welche Staatsform bietet die beste Gewähr, Frieden nachhaltig zu sichern? Ausgehend von Immanuel Kants Schrift hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass Demokratieförderung die beste Friedenssicherung ist. Damit stellt sich die Frage nach dem Aufbau demokratischer Strukturen in Konfliktregionen. Wolfgang Merkel, Professor für Vergleichende Politikwissenschaft und Demokratieforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin und Direktor der Ab-

Diese Maxime wird vom geltenden Völkerrecht nicht gedeckt. Sie würde als ein zu tiefer Eingriff in die nationale Souveränität oder das Selbstbestimmungsrecht der Völker gelten. Auch in der modernen Philosophie internationaler Beziehungen von John Rawls bis Michael Walzer gilt das Gebot: Siegermächte sollten so schnell wie möglich das Land verlassen. Das Recht auf politische Selbstbestimmung der besiegten Nation gebietet dies.

Doch was ist, wenn es die Nation gar nicht gibt, sondern nur Fragmente eines Staatsvolks: Völker, Ethnien, Religionsgemeinschaften, die untereinander zutiefst verfeindet sind und ohne die Besatzung durch fremde Truppen rasch einem Bürgerkrieg anheimfallen würden? Was ist, wenn die religiös imprägnierte Kultur eines Landes zur massiven Unterdrückung von Minderheitsethniken, Religionsgemeinschaften oder Frauen tendiert? Darf man die Ge-

teilung Demokratie und Demokratisierung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), beschreibt die ambivalente Rolle militärischer Interventionen nach dem Ende des Kalten Kriegs. Eine gekürzte Version seines nachfolgend dokumentierten Vortrags, den er bei den Landauer Akademiegesprächen am 8. Dezember 2014 gehalten hat, ist in der „Frankfurter Rundschau“ vom 20./21. September 2014 erschienen.

sellschaft dann auch nicht, wie Rawls sagt, „rekonstruieren“? Rechtsstaat und Demokratie lassen sich schwerlich von außen etablieren. Deutschland, Japan und Italien nach 1945 blieben die Ausnahme. Wenn auch das maximale Programm der rechtsstaatlichen Demokratie meist nicht zu realisieren ist, gibt es doch die moralische Pflicht für die Interventionsmächte, das wiederherzustellen, was sie vorher zerstört haben: den Staat mit

seinem Kern des Gewaltmonopols. Doch diesem moralischen Gebot der politischen Vernunft folgen die Interventionsmächte nur selten. Afghanistan, der Irak und Libyen sind heute nach den militärischen Interventionen Länder ohne funktionierende Staatlichkeit. Das vorherige Gewaltregime wurde durch die Gewalt marodierender Milizen in einem entstaatlichten Raum ersetzt. Ogleich uns profunde Gerechtigkeitkriterien zur Beurteilung fehlen,

was nun schlechter sei, müssen die demokratischen Interventionsstaaten sich vorwerfen lassen, fahrlässig Hobbes'sche Bürgerkriegswelten im Nahen Osten herbeigeführt zu haben, die zu mehr Opfern führen, als sie das diktatorische Regime zu verantworten hatte.

Humanitäre Interventionen können gewichtige moralische Gründe haben. Für diese besitzen demokratische Staaten eine größere Sensibilität als Diktaturen. Allerdings haben Demokratien gerade wegen ihrer inneren demokratischen Strukturen besondere Begrenzungen für Interventionen. Denn selbst wenn Bürger der militärischen Intervention ihrer Regierung anfangs zustimmen, werden sie nach einer gewissen Zeit unwillig, die Kriegskosten zu tragen: finanziell und humanitär. Dieser Unwille zwingt die demokratischen Regierungen, ihre Truppen abzuziehen, wollen sie nicht die nächsten Wahlen verlieren.

Insofern haben Demokratien einen inneren Mechanismus gegen die Gerechtigkeit nach dem Krieg, also dagegen, so lange im Lande zu bleiben, bis kein Bürgerkrieg mehr droht. Dieses mit zu denken, sollte aber zur moralischen Pflicht und politischen Klugheit demokratisch gewählter Regierungen gehören, wenn sie sich für bewaffnete „humanitäre Interventionen“ entscheiden.

Diesem Interventionsdilemma wollen die westlichen Staaten entgehen, indem sie die vermeintlich gute Seite der Bürgerkriegsparteien aufrüsten. In der Gemengelage des Nahen Ostens sind aber solche guten „Partner“ nur schwer auszumachen. Die „Freunde“ von heute, die in der Vergangenheit eher Gegner waren, könnten morgen schon die Feinde in einer neuen Bürgerkriegskonstellation sein. Dies war bei den Mudschaheddin

und Taliban der Fall in Afghanistan; es trifft zu auf die Aufrüstung Saddams im Krieg des Irak (1980 bis 1988) gegen das Iran des Ayatollah Khomeini; nur zwei Jahre später wurde dann der vom Westen auferüstete Saddam Hussein mithilfe einer groß angelegten westlichen Intervention mit westlichen Waffen aus Kuwait vertrieben. Rund zehn Jahre später folgte auf die erste „Tragödie“ die „Farce“ im zweiten Golfkrieg. Erneut zehn Jahre später haben die USA mithilfe der Türkei und der Finanzierung durch Katar und Saudi Arabien Waffen auf den Kriegsschauplatz Syrien geschleust. Assad sollte gestürzt werden. Die Waffen sind in die Hände der sogenannten demokratischen Oppo-

sition gelangt, oder was die USA gerne dafür hielten. Allerdings nicht nur in diese. Die Bewaffnung von Assads Opposition hat den Bürgerkrieg nicht beendet, sondern verlängert und die IS gestärkt. 150.000 Tote sind bisher zu beklagen. Daran sind auch die westlichen Waffenlieferungen in welche Hände auch immer mitverantwortlich. Heute sollen die Peschmergas, die guten Kurden bewaffnet werden. Bei der PKK zögert der Westen noch. Mittlerweile werden Waffen auch an islamisch-fundamentalistische Parteien geliefert, wenn sie nur den IS zu bekämpfen versprechen. Die Fronten ändern sich fast täglich und mit ihnen die kurzfristigen Partner des Westens. Neue Fronten werden sich auftun, möglicherweise auch die alte Kluft zwischen Türken und Kurden. Nur ist dann die kurdische Seite besser gerüstet.

Tatsächlich können wir heute nicht wissen, wen die Waffenlieferungen mittelfristig stärken und ob die so Gestärkten nicht morgen auch die Feinde von Frieden und Menschenrecht sein werden. Mit der Norm „Responsibility to protect“ haben die Waffenlieferungen in Bürgerkriegsgebiete nichts zu tun. Mit humanitären Interventionen auch nicht. „Boots on the ground“ kann sich aber gegenwärtig nicht einmal die US-Regierung vorstellen; ihre Bürger noch viel weniger. Von den Demokratien Europas braucht nicht geredet zu werden. Moralisch aber wäre eine humanitäre Intervention „on the ground“

eher zu rechtfertigen als wohlfeile Waffenlieferungen oder Angriffe aus der Luft, die, zuverlässig wie stets, das ethische wie rechtliche Gebot verletzen, keine Zivilisten zu töten. Demokratisch ist eine Bodenoffensive aber in den potenziellen Interventionsländern nicht durchzusetzen.

Das ist das Dilemma. Die Demokratien haben keine Antwort. Das humanitäre ius ad bellum werden sie weiter je nach eigenen geostrategischen Überlegungen und innenpolitischen Opportunitäten auslegen; die „Verantwortung zu schützen“ wird eine weiche völkerrechtliche Norm bleiben; das ius in bello wird unter dem menschlich wie demokratisch verständlichen Imperativ, die eigenen Soldaten zu schützen, zuungunsten der Zivilisten weiter verletzt werden. Das ius post bellum aber dürfte selbst in der weichen Formulierung einer „Verantwortung“ wenig Chancen haben, zu einer internationalen Rechtsnorm zu werden. Sie umzusetzen, ist den Demokratien zu teuer.

Wolfgang Merkel

Die Fronten ändern sich fast täglich und mit ihnen die kurzfristigen Partner des Westens.

EXKLUSIVE WAHRHEIT

Radikalisierung von Jugendlichen durch Salafisten

Im öffentlichen Diskurs hat sich der Begriff „Salafismus“ zur Charakterisierung einer radikalen, demokratiefeindlichen Ideologie durchgesetzt. Claudia Dantschke, Referentin bei der am 27. Januar 2015 von der Evangelischen Akademie veranstalteten Fortbildung für Mitarbeiter der Telefonseelsorge in Kaiserslautern, arbeitet am Zentrum Demokratische Kultur (ZDK) in Berlin über Islamismus und islamistische Radikalisierung. Die „Protexe“ veröffentlichen eine Kurzfassung ihrer Forschungen über die Ursachen der durch salafistische Strömungen bedingten Radikalisierung von Jugendlichen.

Oft wird ignoriert, dass die „Salafiyya“ zunächst eine religiöse Strömung im sunnitischen Islam ist, die sich in buchstabengetreuer Lesart an den rechtschaffenen Vorfahren, den „Altvorderen“ (arabisch: as-salaf as-salih) orientiert. Gemeint sind damit die Gefährten des Propheten Mohammed und die ersten drei Generationen der Muslime. Das, was wir aktuell unter dem Schlagwort „Salafismus“ thematisieren, basiert zwar religiös auf dieser Rückbesinnung mit Bezug vor allem auf saudi-arabische und ägyptische Gelehrte, es handelt sich aber um eine moderne Bewegung. Denn oft ist dieser religiöse Rückbezug nicht viel mehr als eine Konstruktion. Im Hinblick auf das Thema der Radikalisierung ist deshalb die Bezeichnung „politischer Salafismus“ angebracht, auch in Abgrenzung zum ebenfalls aktuell in Deutschland existierenden puristischen salafistischen Spektrum, das sich apolitisch gibt.

Der politische Salafismus hat das Ziel, die demokratische Ordnung durch eine religiöse Ordnung zu ersetzen. Die Aktivitäten in Deutschland sind dabei als lokaler Beitrag zur Umsetzung dieses globalen Zieles zu verstehen. Die politisch-missionarische Mehrheit will dieses Ziel nicht wie bei den militanten Strömungen durch Gewalt, sondern durch Missionierung erreichen. Mit persönlichen Ansprachen, Straßenmission, Infoständen, Seminaren und weiteren Propagandaaktivitäten wird versucht, Muslime „zurück auf den richtigen Weg“ zu führen oder Nichtmuslime durch Konversion zum Islam salafistischer Ausrichtung für die Etablierung der „besseren Ordnung“ zu gewinnen.

Eine Minderheit legitimiert dabei auch den Einsatz von politischer Gewalt, wenn irgendwo in der Welt der Islam oder die Muslime angegriffen oder unterdrückt werden. Dabei nehmen sie für sich in Anspruch zu definieren, wann und wo ein solcher Angriff vorliegt.

In den letzten Jahren hat sich der politische Salafismus zu einer radikalen Jugendsubkultur entwickelt, die Jugendliche aller sozialen Schichten oder unterschiedlicher religiöser, nationaler und kultureller Herkunft anspricht. Die Jugendlichen sind auf der Suche nach Gebor-

genheit, Zugehörigkeit, Orientierung und auch ein wenig Spiritualität. Bei den Salafisten finden diese ganz unterschiedlich sozialisierten Jugendlichen die Befriedigung dieser Bedürfnisse und eine vermeintliche Antwort auf ihre Fragen.

Zunächst ist es das Versprechen, „fundiertes Wissen“ über den Islam geboten zu bekommen. Jugendliche, die tief in die Religion einsteigen wollen, Erklärungen und Begründungen suchen, die sie verstehen und die auch ihren Lebensalltag tangieren, finden dies vermeintlich bei den Salafisten. Hier treffen sie auf charismatische Prediger, die mit der Lebenssituation in Deutschland vertraut sind und „den Islam“ in einer jugendgerechten Sprache auf Deutsch erklären. Dadurch, dass diese Jugendlichen kein wirklich theologisches Wissen haben, verfügen sie auch nicht über die Kompetenz, die dargebotenen Erklärungen und Vorträge einzuordnen und zu werten. Entscheidend für sie ist es, ob sie emotional berührt werden, ob sie sich in diesen Erklärungen wiederfinden und ob ih-

re Fragen an die Welt oder den Sinn des Lebens beantwortet werden.

Ein weiterer wichtiger Aspekt, der den Salafismus attraktiv macht, ist die Behauptung, die einzig wahre Islaminterpretation zu vertreten. Die Salafisten suggerieren mit ihrem exklusiven Wahrheitsanspruch die Garantie auf das Paradies, während alle anderen Wege in die Irre und damit in die Hölle führen würden. Hinzu kommt die Eindeutigkeit im Hinblick auf Werte, die die Jugendlichen bei den Salafisten finden. In einer globalisierten Welt mit komplexen Entwicklungen, die alte Gewissheiten immer wieder infrage stellen, bietet die dichotome Weltansicht der Salafisten von Richtig und Falsch, Gut und Böse, eine klare Orientierung und Eindeutigkeit.

Salafistische Prediger nehmen für sich in Anspruch, den wahren Willen Gottes zu vertreten. Das führt dazu, dass ein kritisches Hinterfragen dieser selbst ernannten Autoritäten einem Zweifel an Gottes Wort gleichkommt. Der Gehorsam, der gegenüber Gottes Willen eingefordert wird, erstreckt

Jugendliche werden beim Eintritt in die Salafistenszene Teil einer fiktiven Weltgemeinschaft.



Der Salafistenprediger Pierre Vogel als Sprecher bei einer Kundgebung radikaler Muslime am 28. Juni 2014 in Offenbach am Main. (Foto: cpd)

sich also auch auf die Autoritäten der Szene. Damit werden sie zu Vorbildern und Leitfiguren. Auch das ist für nicht wenige Jugendliche ein attraktives Angebot, vor allem, wenn diese Autoritäten charismatisch sind.

Speziell Jugendliche mit muslimischem Migrationshintergrund spricht ein weiterer Aspekt an. In Deutschland ist der Islam noch längst keine allseits anerkannte und gleichberechtigte Religion, und viele Muslime haben das Gefühl, aufgrund ihrer Religion nicht dazuzugehören. Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen, die permanente Ansprache als Muslim und nicht als Individuum können Minderwertigkeitskomplexe befördern und die Empfindung nähren, ein Außenseiter zu sein. In salafistischen Gruppen finden diese Jugendlichen nicht nur eine Akzeptanz aufgrund ihrer Herkunft und Identität als Muslim, sondern gerade deshalb auch eine Aufwertung. Sie werden mit Eintritt in diese Szene nicht nur Teil einer (fiktiven) Weltgemeinschaft, der Umma des Propheten Mohammed, sondern – und das unterscheidet die salafistischen Gruppen von den traditionellen Islamverbänden und Moscheegemeinden – Teil einer egalitären Gemeinschaft. Es gibt keine Hierarchien, alle sind Brüder und Schwestern, und der Kopf der Gruppe gilt nur deshalb als Autorität, weil er über mehr Wissen als die einfachen Mitglieder verfügt. Jeder der Gemeinschaft kann sich aber um dieses Wissen bemühen und demzufolge auch einen Vorbildstatus erlangen.

Diese Weltgemeinschaft ist aber gleichermaßen eine Gemeinschaft in Not. Sie wird bedrängt und angegriffen. Die Opferidentität, die durch die Salafisten in extremer Weise zugespitzt wird, ist aber nicht resignativ, sondern wehrhaft. Die Gewalt legitimierenden Strömungen nutzen die vielen aktuellen Konflikte und Kriege, um daraus das Narrativ des weltweiten Kampfes der Ungläubigen gegen „den Islam und die Muslime“ zu stricken. Auch Diskriminierungs- oder Ausgrenzungserfahrungen junger Muslime in Deutschland werden in dieses Narrativ eingeordnet.

Letztendlich ist Salafismus heutzutage aber auch ein Lebensentwurf, mit dem sich Jugendliche beiderlei Geschlechts am deutlichsten vom Lebensentwurf der Eltern oder den Werten und Normen der Gesellschaft distanzieren und ihre Ablehnung zum Ausdruck bringen können. Allein das Erscheinen im salafistischen Outfit löst beispielsweise im Klassenzimmer nicht selten eine allgemeine Verwirrung und zum Teil auch Angst aus. Diese Attraktivität bietet der Salafismus aber nur so lange, wie er statt sachlicher Auseinandersetzung hysterische Reaktionen hervorruft und lediglich unter sicherheitspolitischen Aspekten diskutiert wird.

THEORIE UND PRAXIS

Sascha Werthes über die Ziele der Friedensakademie

Auf Initiative des rheinland-pfälzischen Landtags wurde im Juli 2014 die Friedensakademie Rheinland-Pfalz als eine wissenschaftliche Einrichtung der Universität Koblenz-Landau mit Sitz in Landau gegründet. Die Evangelische Akademie der Pfalz ist im Trägerverein der Friedensakademie durch ihren Kuratoriumsvorsitzenden Ulrich Sarcinelli als Vorsitzender sowie durch ihren Direktor Christoph Picker als Schatzmeister vertreten. Für die „Protexe“ sprach Martin Schuck mit Sascha Werthes, Geschäftsführer der Friedensakademie.

Herr Werthes, wie kam es zu dieser Akademie?

Die Friedensbewegung und Friedensinitiativen haben durchaus eine traditionelle Verankerung in Rheinland-Pfalz. Es überrascht daher nicht, dass sich die Überlegungen zu einer Friedensakademie bis in die Mitte der 1990er Jahre zurückverfolgen lassen. Damals wie heute waren viele Menschen erschrocken über die Bilder der Gewalt in vielen Krisenregionen der Welt. Während damals die Schrecken des Genozids in Ruanda und die Nachrichten aus den Bürgerkriegen in Somalia, Sierra Leone und Liberia die Menschen bewegten, sind es heute die Nachrichten aus der Ostukraine, Libyen, Mali, aus Syrien oder dem Irak und über die IS-Milizen. Aber auch ganz nah erleben die Menschen Phänomene der Gewalt, insbesondere in urbanisierten Räumen.

Im Januar 2014 hat der Landtag Rheinland-Pfalz die jüngeren Überlegungen zur Gründung einer Friedensakademie erneut aufgegriffen und in einem Mehrheitsbeschluss die Landesregierung aufgefordert, „die Arbeit des Vereins Friedensakademie Rheinland-Pfalz – Akademie für Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung e.V.“ zu unterstützen. An der Gründung dieses Trägervereins der Friedensakademie waren 15 Per-

sönlichkeiten aus unterschiedlichen Bildungseinrichtungen und verschiedenen zivilgesellschaftlichen Initiativen beteiligt, unter anderem auch die Evangelische Akademie der Pfalz. Die mit diesem Beschluss verknüpfte Mittelzuweisung ermöglichte die Einrichtung der Friedensakademie als „besondere wissenschaftliche Einrichtung“ an der Universität Koblenz-Landau.

Was sind die Aufgaben und die wissenschaftlichen Schwerpunkte?

Grundsätzlich verfolgt die Akademie das Ziel, bewährte Strategien der Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung zu stärken und weiterzuentwickeln, die wissenschaftliche Forschung zu fördern, den gesellschaftspolitischen Diskurs anzuregen sowie Friedensfachkräfte zu qualifizieren. Konkret bedeutet dies Öffentlichkeitsarbeit zu friedenspolitischen und friedenswissenschaftlichen Themen oder auch die Planung und Erarbeitung von Weiterbildungsangeboten im Bereich der Friedenspädagogik zum Beispiel für Lehrerinnen und Lehrer. Zu unseren wissenschaftlichen Schwerpunktthemen gehört die Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung in Grenzräumen. Hier beschäftigen wir uns mit der Frage, wie eine konstruktive Friedensarbeit in Grenzräumen aussehen könnte. Oder auch:



Sascha Werthes. (Foto: pv)

Welche Lehren sich aus der Friedensarbeit in europäischen Grenzregionen, insbesondere auch im deutsch-französischen Grenzraum, ziehen lassen. Ebenso beschäftigt uns jedoch auch die Frage von Umweltveränderungen als Konfliktursache. Klima- und Ressourcenkriege wären hier typische Schlagworte. *Was reizt Sie persönlich an der Arbeit in einer solchen Akademie?*

Ich denke, es ist insbesondere der Theorie-Praxis-Bezug. Als Schnittstellenorganisation machen wir nicht einfach nur Friedens- und Konfliktforschung, sondern bemü-

hen uns auch sehr stark darum, theoretisches Wissen einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen und für die Entwicklung von Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen von Friedensfachkräften zu nutzen. Die Vernetzung und Zusammenarbeit mit den verschiedenen Friedensgruppen und Initiativen im Land empfinde ich zudem als persönlich sehr bereichernd.

Welche Chancen sehen Sie in der Zusammenarbeit der Friedensakademie mit der Evangelischen Akademie?

Neben weiteren zivilgesellschaftlichen Institutionen im Land ist insbesondere die Evangelische Akademie der Pfalz für uns ein wichtiger Partner, um kooperativ Initiativen, Projekte und Ideen zur Stärkung der Friedensarbeit in Rheinland-Pfalz umsetzen zu können. Erste gemeinsame Aktivitäten haben gezeigt, dass eine Zusammenarbeit für beide Seiten zielführend und konstruktiv sein kann.

Angesichts zahlreicher internationaler Konflikte wird in den evangelischen Kirchen hart um friedensethische Themen gerungen. Wie hilfreich sind kirchliche Äußerungen für Sie?

Ich halte einen öffentlichen und pluralistischen Diskurs über friedensethische Themen für äußerst wichtig. Persönlich würde mich freuen, wenn überall noch mehr und vor allem öffentlich über Friedens-thematiken diskutiert werden würde.

Welchen persönlichen Zugang haben Sie zur Arbeit der Evangelischen Akademie oder, noch weitgehend, zur Arbeit der Kirchen?

Ich war früher in der kirchlichen Jugendarbeit aktiv und während meines Studiums habe ich oft Veranstaltungen im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung besucht, welche von evangelischen und katholischen Akademien mitorganisiert wurden.

Freunde suchen Freunde

Einladung zur Mitgliedschaft. Wir unterstützen und begleiten die Arbeit der Akademie. Wir setzen uns mit Fragen der Zeit auseinander, am liebsten gemeinsam mit anderen. Mit unseren Aktivitäten wollen wir unserer Region neue Impulse geben und einen Dialog aktueller Themen ermöglichen. Wir engagieren uns nicht nur persönlich und finanziell, sondern auch ganz bewusst durch eigene Veranstaltungen wie Vorträge, Tagungen und Publikationen.



Werner Simon, Vorsitzender

Unser Jahresbeitrag beträgt 30 Euro. Auch über zusätzliche Spenden freuen wir uns und stellen Ihnen auf Wunsch eine steuerlich anerkannte Spendenbescheinigung aus.

Ihre Vorteile als Mitglied: > Sie werden zu den Veranstaltungen der Akademie und des Freundeskreises eingeladen. > Sie werden bei Veranstaltungen mit begrenzter Teilnehmerzahl bevorzugt. > Sie erhalten kostenlos die Akademiezeitung Protexe und Informationen über weitere Veröffentlichungen.

*So werden Sie Mitglied:
Rufen Sie uns einfach an,
wir schicken Ihnen die Beitrittserklärung mit allen weiteren Informationen,
Telefon 0 63 41 / 9 68 90-30,
oder schicken Sie uns eine e-mail: info@eapfalz.de.
Oder schreiben Sie uns kurz:
Evangelische Akademie der Pfalz,
Luitpoldstr. 10, 76829 Landau*


GESELLSCHAFT DER FREUNDE
DER EVANGELISCHEN AKADEMIE
DER PFALZ E.V.

AKADEMIEPROGRAMM

Stand Februar 2015

18. Februar 2015, 19 bis 21 Uhr,
Abendveranstaltung in Ludwigshafen, Heinrich-Pesch-Haus
Aschermittwoch der Wirtschaft

Europas Banken waren zugleich Verursacher und Betroffene der Finanz- und Wirtschaftskrise. Welche Antworten gibt es auf Ursachen und Folgen der Krise? Eine Regulierung der Kreditinstitute allein greift zu kurz, wir fragen deswegen nach den Grundlagen und Werten eines ethisch erfolgreichen Geschäftsmodells. Wir sprechen mit Helmut Schleweis, Bundesobmann der Sparkassenvorstände und Vizepräsident im Deutschen Sparkassen- und Giroverband. Die Begrüßung übernehmen Gangolf Schüßler SJ, Heinrich-Pesch-Haus, und Knut Allendorf, Vorstand der Wirtschaftsjunioren Mannheim-Ludwigshafen. Jan Hendrik Quandt, Studienleiter der Evangelischen Akademie, wird das Schlusswort sprechen.

19. Februar 2015, 13 bis 20.30 Uhr, gedenkpädagogischer Workshop, Ausstellungseröffnung und Lesung im Rahmen des Begleitprogramms zur zentralen Eröffnung der bundesweiten Woche der Brüderlichkeit in Ludwigshafen, Ernst-Bloch-Zentrum

„Was geht mich dieses Schicksal an?“

Aktive Gedenkarbeit ist Teil einer lebendigen Erinnerungskultur. Für viele jungen Menschen gehört die Geschichte des Nationalsozialismus zwar zur Geschichte ihrer Stadt, aber nicht oder nicht mehr zu der ihrer Angehörigen. Bezüge zu Familiengeschichten mit Täter- oder Opfererfahrungen reiben ab, verblassen, wurden nie thematisiert. Der Workshop bietet einen Einblick in aktuelle Debatten um NS-Erinnerungsarbeit. Konkrete und erprobte Praxisbeispiele geben Anregungen für die eigene pädagogische Arbeit. In Kooperation mit Stolpersteine e.V., medien+bildung.com, dem Ernst-Bloch-Zentrum Ludwigshafen und dem Stadtarchiv Ludwigshafen.

23. Februar 2015, 19 Uhr, Landauer Akademiegespräche,
Kulturzentrum Altes Kaufhaus

Frieden! Ethische Grundlagen und politische Strategien – Friedens- und Gewaltpotenzial der Religionen

Referenten: Dr. Cesare Zucconi (Generalsekretär Comunità Sant'Egidio), Prof. Dr. Manfred Oeming (Wissenschaftlich-Theologisches Seminar der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg) und Hamideh Mohagheghi M.A. (Zentrum für Komparative Theologie und Kulturwissenschaften der Universität Paderborn).

In Zusammenarbeit mit dem Frank-Loeb-Institut Landau, der Stadt Landau und der Friedensakademie Rheinland-Pfalz.

9. März 2015, 19.30 Uhr,
Vortragsabend mit Diskussion in Ludwigshafen, Heinrich-Pesch-Haus

Passt der Islam in die Moderne? – Mehr als eine konfliktöse Wechselbeziehung

Referentin: Prof. Dr. Dr. h.c. Rotraud Wielandt, die im Jahre 2012 von Papst Benedikt XVI. in die Päpstliche Kommission für religiöse Beziehungen zu den Muslimen berufen wurde und zuvor als Professorin für Islamkunde und Arabistik an der Universität Bamberg tätig war.

In Kooperation mit dem christlich-islamischen Gesprächskreis Ludwigshafen, einem Ort des Kennenlernens und der persönlichen Begegnung.

24. bis 26. April 2015, Tagung in Landau,
Protestantisches Bildungszentrum Butenschoen-Haus

Neuroimaging – Fenster zu Hirnfunktion und Menschsein?

Die Verfahren der modernen Neurowissenschaften helfen, die vielfältigen Ursachen für menschliches Verhalten zu erforschen. Sie zeigen Zusammenhänge zwischen Gehirnstruktur, -funktionen und unserem Handeln auf. Für Jugendliche und junge Erwachsene bis 26 Jahre.

7. und 8. Mai 2015, Tagung in Landau, Gelände der Landesgartenschau und Protestantisches Bildungszentrum Butenschoen-Haus

Inklusion braucht Platz – Öffentlicher Raum als Begegnungsraum

Die Tagung nimmt die Barrieren im öffentlichen Raum in den Blick und animiert dazu, diesen als Begegnungsraum zu gestalten. Auf der Landesgartenschau soll ein theoretischer Impuls mit ästhetischen Erfahrungen verbunden werden. Der zweite Tag hat den Charakter einer Projektwerkstatt. In Zusammenarbeit mit dem Pfalzkrankenhaus für Psychiatrie und Neurologie und der Evangelischen Akademikergesellschaft Pfalz-Saar.

26. und 27. Juni 2015, Tagung in Landau,
Protestantisches Bildungszentrum Butenschoen-Haus

Aufmüpfige Religion? – Protestantismus und Protest

Wieviel Aufmüpfigkeit braucht die demokratische Gesellschaft? Und welche Rolle spielt dabei der Faktor Religion?

Ein Netzwerkprojekt der Evangelischen Akademien in Deutschland und dem Frank-Loeb-Institut an der Universität Landau mit Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung zum Reformationsjubiläum 2017.

2. bis 7. September 2015, Sommerakademie im Elsass, Tagungshaus der Evangelischen Kirche im Nordelsass Château de Liebfrauenberg

Wo ist Heimat?

„Heimat ist etwas, das allen in die Kindheit scheint und worin noch niemand war“, so der Ludwigshafener Philosoph Ernst Bloch in seinem „Prinzip Hoffnung“. Im Neuen Testament findet sich derselbe Gedanke religiös gewendet: „Wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir“ (Hebräerbrief 13, 14). Auf der Sommerakademie 2015 beschäftigen wir uns mit der Sehnsucht nach Heimat. Wir lesen philosophische, theologische und literarische Texte. Wir diskutieren und wir gehen auf Erkundungstour. In einer Region mit einer starken, aber gefährdeten Identität. In einer Gegend, wo der Front National starken Zulauf hat. Eine Grenze, an der die Patrioten jahrhundertlang gewalttätig aufeinanderprallten. In einer Landschaft, die ganz anders und zugleich ganz ähnlich der Pfalz ist.

Untergebracht sind wir im Tagungshaus der Evangelischen Kirche im Nordelsass auf dem Liebfrauenberg. Das Château du Liebfrauenberg liegt etwas abseits der Gemeinde Goersdorf direkt am Waldrand mit weitem Blick ins Land. Es ist gut ausgestattet, und der elsässische Koch versteht sein Handwerk. Heimat kann man dort also auch schmecken.

Die Kosten für das Programm sowie Unterbringung und Halbpension betragen pro Person 590 Euro im Doppel- und 640 Euro im Einzelzimmer. Eingeschlossen sind Seminarkosten, Exkursionen, Eintritte und eine Reiserücktrittsversicherung. Die Teilnehmerzahl ist auf 25 Personen begrenzt. Anmeldungen erbitten wir bis spätestens Ende April 2015.

e-mail: info@capfalz.de > www.capfalz.de

WAS WOLLEN SIE WISSEN?

So kommen Sie an mehr Informationen: Rufen Sie uns an unter 0 63 41 / 9 68 90-30 oder füllen Sie diesen Coupon aus. Sie können ihn uns faxen unter 0 63 41/9 68 90-33 oder mit der Post schicken: Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau. Wer schnell an ganz aktuelle Informationen kommen will, besucht uns im Internet unter www.eapfalz.de

Vorname	Name
e-mail	Beruf
Straße/Nr.	
PLZ/Ort	
Tel. privat	Tel. dienstlich